

Print-Veröffentlichung

Medium	Kurier am Sonntag (Weser-Kurier)		
Datum	Sonntag, 10. Juli 2022		
Auflage	123.468	Anzeigenäquivalenz	4.586 €
Verbreitung	Bremen & Umland		
Platzierung	Seite 2 (von 24), Rubrik „Standpunkte“ / Gastkommentar		

Aufenthaltsverbote kollidieren mit dem Grundgesetz

Markus Urban über den Hauptbahnhof

Der Bremer Hauptbahnhof ist wieder Schauplatz von massiven Verdrängungsaktionen der Polizei gewesen: Obdachlose Menschen sowie Menschen mit prekärem Erscheinungsbild erhielten wahllos Platzverweise. Etliche wurden sogar in Polizeigewahrsam genommen. Der Bürgerschaftswahlkampf naht, und die Bremer Innenpolitik möchte augenscheinlich Durchschlagskraft in der Öffentlichkeit beweisen. Schon wieder geschieht dies auf Kosten von Menschen, die gesellschaftlich ausgegrenzt sind und am Bahnhof Anschluss an das Leben suchen.

Ob die Maßnahmen überhaupt zulässig sind, ist fragwürdig. Artikel 11 unseres Grundgesetzes garantiert allen Bürgern die Freizügigkeit – und zwar nicht nur jenen, die sich mit Schlips und Kragen im öffentlichen Raum aufhalten. Aufenthaltsverbote kollidieren mit unserem Grundgesetz. Platzverweise dürfen sich nur an dem Individualverhalten der Betroffenen – niemals aber an einer Gruppeneigenschaft orientieren. Genau dies geschieht aber in Bremen. Das Aussehen genügt, um einen anlasslosen Platzverweis zu erhalten. Die Kontrollen werden teilweise alle zwei bis drei Stunden wiederholt, um die „Szene“ nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Die Verdrängungen am Bahnhof stehen in krassstem Widerspruch zu den Versprechungen im aktuellen Bremer Koalitionsvertrag. Dort ist unter anderem von Frei- und Toleranzräumen für wohnungslose Menschen, Beratung und Hilfe, Toiletten, Trinkwasserbrunnen und Schließfächern die Rede. Insbesondere soll Wohnraum für diejenigen geschaffen werden, die keine Chance auf eine eigene Wohnung haben.

Offensichtlich ist, dass die Verdrängungstaktik am Hauptbahnhof keine Aussicht auf Erfolg hat. Seit Jahren wird diese Taktik immer dann gefahren, wenn es politisch opportun ist. Ebenfalls seit Jahren erweist sie sich als völlig wirkungslos.

Ebenso offensichtlich ist, dass wir anstelle der Verdrängung eine kluge, menschenwürdige, gesellschaftliche Onboarding-Strategie für die Menschen am Bahnhof brauchen: Das Bremer Modellprojekt "Housing First", das Menschen in eigenen Wohnraum bringt, muss hochskaliert werden. Um der dringendsten Wohnungsnot abzuhelfen, sind kleinteilige Boarding-Houses in den Stadtteilen vonnöten.

Ein kostenloser ÖPNV muss es den Menschen ermöglichen, sich vom Bahnhof zu entfernen, ohne gleich wegen einer Schwarzfahrt inhaftiert zu werden. Ein existenzsicherndes Bürgergeld kann die Hilfsangebote in der Bahnhofsgegend ersetzen. Die Würde des Menschen darf nicht vor dem Bremer Bahnhof enden.

Unser Gastautor ist Diplom-Informatiker und war selbst mehrere Jahre in Bremen obdachlos.

ZEITZEICHEN

Chaos im Sommer



Dietrich Eickmeier
über Mitarbeiter-Losigkeit

Es ist das Erbe von drei CSU-Verkehrsrministern in Folge. Weil sie die Deutsche Bahn auf Verschleiß fahren ließen, sind immer noch Gleisanlagen aus der Kaiserzeit im Einsatz, die für Langsamfahrstrecken und so viele Baustellen wie noch nie sorgen. Zugausfälle und massive Verspätungen sind das Resultat. Bahn-Chef Richard Lutz bekennt, dass er unter den Zuständen leide „wie ein Hund“.

Normale Bahnreise trifft es ärger. Sie müssen sich oft auch mit defekten Zugtüren, Klimaanlage und Toiletten plagen. Dabei profitiert die Bahn vom noch größeren Flughafen-Chaos: Die ICE-Sprinter entlang innerdeutscher Flugstrecken sind um 40 Prozent stärker ausgebucht.

Dieser Sommer des großen Urlaubsmisses vergnügens mit der Streichung von Tausenden Flügen und einem Berg liegen gebliebener Koffer dürfte wegen des eklatanten Fachkräftemangels nur ein Vorgeschmack auf die nächsten Jahre sein.

Wer nur

befristete Verträge anbietet, wird sich noch wundern.

Schon länger weiß man, dass an den Flughäfen Personal fehlt, bei der Sicherheitskontrolle, beim Gepäck, bei Flugbegleitern – Ergebnis einer verfehlten Personalpolitik. Kurzarbeit und Kündigungen in zwei Corona-Jahren haben Zehntausende zu anderen Arbeitgebern flüchten lassen, oft besser bezahlt und mit besseren Bedingungen. Auch rund 55.000 Hotel- und Restaurantkräfte traten die Flucht zu sicheren Arbeitsplätzen mit günstigeren Arbeitszeiten an.

Die Mitarbeiter-Losigkeit zeigt sich jedoch nicht nur dort, wo die Deutschen wieder das Leben genießen wollen. Das Handwerk meldet 50.000 offene Stellen, Tendenz steigend, IT-Leute und Pflegekräfte sind schon lange knapp. Personal fehlt in Reisebüros, auf dem Bau, in Buchhaltungen und im Friseuratelier. Und viele Orte in Bayern klagen, dass ihnen die Bademeister ausgehen.

Weil die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, fehlen in den nächsten zehn Jahren nach und nach bis zu vier Millionen Menschen im Berufsalter. Konsequenz: Betriebe müssen sich mehr um ihre Mitarbeiter kümmern, mehr bezahlen. Wer weiter mit 450-Euro-Jobs Kosten sparen will oder nur befristete Verträge anbietet, wird sich noch wundern.

politik@weser-kurier.de



Til Mette exklusiv für den KURIER AM SONNTAG

Hohe Dynamik im Bremer Norden



Björn Josten
über Stadtentwicklung

Vegesack strahle eine eigenartige Poesie der Einsamkeit und des Am-Ende-Seins aus. Das sagte einst der Wiener Künstler Ernst Fuchs. 1999 war das. Damals hatte dieser eine knallbunte, dreigeschossige Kuppel namens Symbolon für den Sedanplatz vorgesehen. Der aus zwei Halbkugeln zusammengesetzte Kuppelbau sollte als Kunst-Markt-Mehrzweckhalle dienen und so die Tristesse aus dem Herzen Vegesacks vertreiben.

Das war nicht der einzige hochtrabende Plan für den zentralen Platz im Ort. Auch zwölf Glaspavillons mit Segel oder ein 30 Meter hoher Leuchtturm standen zur Diskussion. Ein paar Jahre zuvor wurde sogar der Künstler Friedensreich Hundertwasser gehandelt, der dem Platz internationale Flair einhauchen sollte. Um es kurz zu machen: Nichts von alledem wurde umgesetzt. Stattdessen ist eine Markthalle gebaut worden, die erst nicht funktionierte und später durch einen Billigladen ersetzt wurde. Der verleiht dem Platz noch heute eine Traurigkeit, die praktisch nur überdünnt wird, wenn Grünmarkt ist.

Damit soll bald Schluss sein. Denn es gibt Investoren-Pläne, die dem Sedanplatz neues Leben einhauchen sollen. Dafür wird die Markthalle abgerissen und das dahinter gelegene Finanzamt gleich mit. Diesmal allerdings kommen die Pläne bodenständiger daher: Wohn- und Gewerbe statt schillernde Luft-

schlösser. Das Konzept soll den Platz zu dem machen, was er längst sein müsste: ein zweiter Magnet für die Shoppingmeile mit Scharnierfunktion zum hinteren Teil der Gerhard-Rohlf's-Straße. In dieser Gegend gibt es zwar noch Gestaltungsspielräume für den Einzelhandel. Doch die Neuentwicklung des ehemaligen Hartmannstifts wird ziemlich sicher eine Dynamik entfachen, die helfen wird, die leeren Ladenlokale wieder zu füllen. Dynamik ist ohnehin das Stichwort der Stunde. Denn nicht nur für den Sedanplatz gibt es Pläne. Ein neues Quartier entsteht auch auf dem ehemaligen Steingut-Areal – es eines der größten

Traditionen sollen gepflegt werden – aber sie dürfen die Zukunft nicht behindern.

Bauvorhaben in Bremen, wenn nicht sogar das größte. Auf rund zehn Hektar Fläche soll dort ein neues Stadtquartier zum Wohnen und Arbeiten entstehen. Am Vegesacker Hafen haben Bauschmied das gescheiterte Haven Hööft bereits dem Erdboden gleich gemacht. Auch dort ist ein neues Ortsviertel geplant. Das Speicher-Quartier wird neben Wohnungen, Gewerbeflächen und Kita auch ein Hotel und ein Polizeikommissariat beheimaten.

Auch in Blumenthal entsteht Neues: Ein Bildungscampus auf dem ehemaligen Gelände der Bremer Wollkammerei, das heute als Kammerei-Quartier firmiert und künftig mit dem Ortskern verbunden werden soll. In den vier eb-

falls viel Geld fließen, ein Sanierungsgebiet wird es möglich machen. Kürzlich hat die Stadtbürgerschaft grünes Licht dafür gegeben.

Natürlich werden diese Vorhaben nicht alle Probleme des Bremer Nordens sofort lösen. Es wird weiterhin an Hausärzten, Kitaplätzen und guten Arbeitsplätzen fehlen. Doch eines zeigen diese Großprojekte: Es gibt etliche Menschen, die bereit sind, viel Geld in den oft schlecht geredeten Stadtbezirk zu investieren.

Es sind auch nicht nur die kommerziellen Projekte, die aufhorchen lassen. Es sind auch ehrenamtliche Macherinnen und Macher, die ihre Ortsteile nach vorne bringen möchten. Exemplarisch seien die geplante Schwimm- und die Tanzhalle genannt, die im Kammerei-Quartier von Vereinen vorangerieben werden. Beide Projekte sind millionenschwer und werden mittlerweile von der öffentlichen Hand mitfinanziert. Gut so.

Die Chancen stehen nicht schlecht für eine gute Entwicklung des Stadtbezirks. Denn die neuen Quartiere haben das Potenzial, Strahlkraft zu entwickeln. Strahlkraft, die helfen könnte, einige Probleme leichter lösen zu können. Es ist an der Zeit, das Vergangene zu überwinden und sich auf Neues einzulassen. Oder wie zwei Ortsamtsleiter aus dem Bremer Norden durchaus treffend philosophierten: Vom Ende der Strandlust – noch so ein emotional aufgeladener Ort mit viel Vergangenheit und zuletzt wenig Zukunft – gehe die Zivilisation nicht unter. Natürlich müssen Erinnerungen in Ehren gehalten und sollen Traditionen gepflegt werden – aber sie dürfen die Zukunft nicht behindern.

bjoern.josten@weser-kurier.de

Times (London)

über die Nachfolge von Boris Johnson: „Die Öffentlichkeit wird es nicht verzeihen, wenn sich das derzeitige politische Vakuum über einen Sommer hinzieht, in dem das Land mit Sicherheit vor großen Herausforderungen stehen wird. In den kommenden Wochen müssen wichtige Entscheidungen über die Tarifverhandlungen im öffentlichen Sektor gefällt werden. Das Land könnte durch weitere Streikwellen und Proteste gegen hohe Kraftstoffpreise erschüttert werden. Zudem geht der Krieg in der Ukraine weiter und birgt die ständige Gefahr einer Eskalation. Dies sind keine Herausforderungen, die lange in den Händen eines Interimskabinetts liegen können oder sollten, das von einem geschäftsführenden Premierminister geleitet wird, der nicht mehr das Vertrauen seiner Partei oder des Landes genießt. Die Konservativen müssen zeigen, dass sie eine ernsthafte Regierungspartei in ersten Zeiten sein können.“

Neue Zürcher Zeitung

über den Ukraine-Krieg: „Mit neuer Dringlichkeit stellt der Ukraine-Krieg die alte Frage nach dem Verhältnis von Außenpolitik, Moral und nationalen Interessen. Je näher der Winter rückt, umso lauter werden diejenigen sein, die für Kiew nicht frieren wollen. In einem Punkt haben diese Stimmen recht: Kurzfristig würde Westeuropa seinen wirtschaftlichen Nutzen steigern, wenn es die Ukraine ihrem Schutz aus überlässt und einer stabilen und billigen Energieversorgung Priorität einräumt. Wer einem Expreser einmal zahlt, wird immer wieder zahlen. Wer Wladimir Putin jetzt nachgibt, muss sich auf neue Forderungen und Provokationen einrichten. Putin griff 2008 Georgien an, und Europa schwieg dazu. Putin attackierte 2014 die Ukraine, und Europa schwieg abermals. Wenn Europa auch 2022 mit Nichtstun oder Appeasement reagiert, wird man in Zukunft einen ungleich höheren Preis entrichten. Widerstand gegen den russischen Imperialismus ist nicht nur eine Frage der Moral, er liegt im Eigeninteresse der Europäer.“

KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich
siebte Ausgabe Ihrer Tageszeitung

VERLAG UND DRUCK:
Bremer Tageszeitungen AG

Briefanschrift: 28189 Bremen

Hausanschrift: Martinststraße 43, 28195 Bremen.

Bremer Tageszeitungen AG

Martinststraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteurin: Silke Hellwig

Mitglied der Chefredaktion: Michael Brandt

Art-Direktor: Franz Berding

Leiter Zentralredaktion und Politik: Markus Peters - Chefredakteur: Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer - Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft: Michael Brandt, Mathias Sonnenberg (komm.) - Stadtteile: Anja Borstelmann - Kultur: Iris Hetscher - Sport: Mathias Sonnenberg - Kommunal- und Landespolitik: Jürgen Theiner - ÖSTERHOLZER KREISBLATT: Lars Fischer - DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten - WÜRMME-ZEITUNG: André Fasser - DELMENHORSTER KURIER: Gerwin Müller - ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Felix Gutschmidt* - SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Eike Wienberg (komm.) - Büro Hannover: Peter Mioduch - Büro Berlin: Anja Meier - Büro Brüssel: Katrin Pribil - Büro Paris: Birgit Holzer - Büro London: Susanne Ebner - Büro Washington: Thomas Spang

*Pressedienst Nord GmbH

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrFG geregelten Fälle. Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Bestellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werkausgabe. Abbonementskündigung ist nur schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Anzeigenpreis- und -bedingungen nach Preisliste Nr. 76. Keine Gewähr für fernmündlich aufgebene Anzeigen. Gerichtetes Brandem.

Verlag Telefon: 04 21 / 36 71 0
Telefax: 04 21 / 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigenname Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Kleinanzeigen Telefon: 04 21 / 36 71 10 10
Anzeigen Telefon: 04 21 / 36 71 42 21
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Abbonenten-Service Telefon: 04 21 / 36 71 62 77
(9 bis 12 Uhr) Telefax: 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abbonentenservice@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App
Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH

Aufenthaltsverbote kollidieren mit dem Grundgesetz

Markus Urban
über den Hauptbahnhof

Der Bremer Hauptbahnhof ist wieder Schauplatz von massiven Verdrängungsaktionen der Polizei gewesen: Obdachlose Menschen sowie Menschen mit prekärer Erscheinungsbild erhielten wahllos Platzverweise. Etliche wurden sogar in Polizeigewahrsam genommen. Der Bürgerschaftswahlkampf naht, und die Bremer Innenpolitik möchte augenscheinlich Durchschlagskraft in der Öffentlichkeit beweisen. Schon wieder geschieht dies auf Kosten von Menschen, die gesellschaftlich ausgegrenzt sind und am Bahnhof Anschluss an das Leben suchen. Ob die Maßnahmen überhaupt zulässig

sind, ist fragwürdig. Artikel 11 unseres Grundgesetzes garantiert allen Bürgern die Freizügigkeit – und zwar nicht nur jenen, die sich mit Schlips und Kragen im öffentlichen Raum aufhalten. Aufenthaltsverbote kollidieren mit unserem Grundgesetz. Platzverweise dürfen sich nur an dem Individualverhalten der Betroffenen – niemals aber an einer Gruppeneigenschaft orientieren. Genau dies geschieht aber in Bremen. Das Aussehen genügt, um einen anlasslosen Platzverweis zu erhalten. Die Kontrollen werden teilweise alle zwei bis drei Stunden wiederholt, um die „Szene“ nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Die Verdrängungen am Bahnhof stehen in krassm Widerspruch zu den Versprechungen im aktuellen Bremer Koalitionsvertrag. Dort ist unter anderem von Frei- und Toleranzräumen für wohnungslose

Menschen, Beratung und Hilfe, Toiletten, Trinkwasserbrunnen und Schließfächern die Rede. Insbesondere soll Wohnraum für diejenigen geschaffen werden, die keine Chance auf eine eigene Wohnung haben.

Offensichtlich ist, dass die Verdrängungsaktion am Hauptbahnhof keine Aussicht auf Erfolg hat. Seit Jahren wird diese Taktik immer dann gefahren, wenn es politisch opportun ist. Ebenfalls seit Jahren erweist sie sich als völlig wirkungslos.

Ebenso offensichtlich ist, dass wir anstelle der Verdrängung eine kluge, menschenschwellige, gesellschaftliche Onboarding-Strategie für die Menschen am Bahnhof brauchen: Das Bremer Modellprojekt „Housing First“, das Menschen in eigenen Wohnraum bringt, muss hochskaliert werden. Um der dringenden Wohnungsnot abzuwehren, sind kleinteilige Boarding-

Houses in den Stadtteilen vonnöten. Ein kostenloser ÖPNV muss es den Menschen ermöglichen, sich vom Bahnhof zu entfernen, ohne gleich wegen einer Schwarzfahrt inhaftiert zu werden. Ein existenzsicherndes Bürgergeld kann die Hilfsangebote in der Bahnhofsgegend ersetzen. Die Würde des Menschen darf nicht vor dem Bremer Bahnhof enden.



Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Ulf Gastauner
ist Dipl.-Informatiker
und war selbst mehrere
Jahre in Bremen obdachlos.